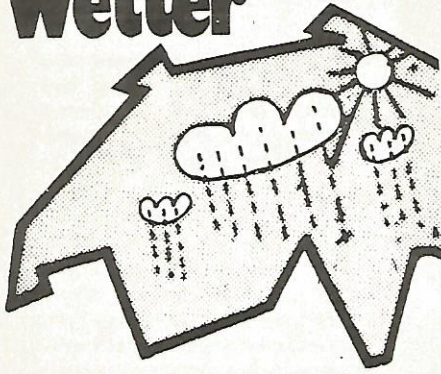


Wetter



für Schwule: bedeckt!

Ich habe selten einen so kurzen und prägnanten Kommentar gelesen wie den von H. Däpp vom 18.4.83.

Dass die NA etwa noch zurückgepfiffen wird, verwundert nicht. Wer aber sieht, wie die 'schweigende Mehrheit' überall in die Medien einsickert und die Bremse zieht?

In den Sendungen des Schweizer Fernsehens, Zeitgeist und CH-Diskussion finden sich plötzlich Konservative und Religiöse an dem Platze, wo früher die Minderheiten sass. Obwohl nachweislich von den Ersteren keine konstruktiven Beiträge erwartet werden können.

Wo früher Minderheiten mit liberalen Partnern diskutierten, streiten heute 'Schweigende Mehrheitler' mit ihnen.

Die Fortschrittlichen Leute, früher schweigende Fortschrittliche, werden heute zu schweigenden Minderheiten erklärt, durch eindrückliche Bekenntnisse ans Bestehende.

Im grossen Fass des Schweigens verschieben sich eben die politischen Kräfte unbemerkt. Dann heisst es plötzlich: Ja aber das habe ich nicht gewollt!

Es ist noch Zeit, jetzt, aus dem Schweigen herauszutreten, 'Schwestern'! PT

Schweigende Minderheiten



Heinz Däpp

Die Zeit der schweigenden Mehrheit ist vorbei. In den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen wird wieder dafür gesorgt, dass die Kirchen in den Dörfern bleiben. Die Mehrheiten fordern von den Minderheiten demokratische Unterordnung. Denn keine Freiheit kann grenzenlos sein, auch die Narrenfreiheit nicht.

Politische Parteien stützen sich selber die Flügel: Wer das Parteiprogramm zum Nennwert nimmt und dabei die politische Opportunität übersieht, wird in der linken Ecke abgestellt. Parlamente halten ihre Aussenseiter an der kurzen Leine: Kommissionssitze werden gestrichen, Redezeiten beschränkt, Diskussionen verweigert. Regierungen bestrafen Nestbeschmutzer. Gerichte machen kurze Prozesse mit politisch abwegigen Sündern. Und auch die Medien leisten ihren Beitrag, damit Ruhe wieder zur ersten Bürgerpflicht werden kann: Randfiguren und Randgruppen werden aus dem Rampenlicht des öffentlichen Interesses hinausgestossen.

Mag sein, dass Minderheiten in früheren Jahren die demokratischen Rechte allzu unbekümmert genutzt haben. Mag sein auch, dass sich Aussenseiter in Organisationen, Institutionen und Medien über ihre proportional ausgewiesenen Ansprüche hinaus Gehör zu verschaffen wussten. Doch nun schlägt das Pendel zurück und erschlägt ein Stück von jenem Geist der Toleranz, der in den sechziger und frühen siebziger Jahren zur demokratischen Tradition zu gehören schien.

«Nationalsozialismus positiver werten»

ph. In einem Schreiben an Presse, Radio und Fernsehen fordert der Vizepräsident des NA-Kantonalverbands, Ernst Meister aus Uster, eine «Verbesserung des Ansehens des Nationalsozialismus». In dem als persönliches politisches Programm bezeichneten Papier erklärt Meister ausserdem, dass die Bundesräte für ihre Einwanderungspolitik lebenslängliche Gefängnisstrafen erhalten müssten. Der Kantonalpräsident der Nationalen Aktion (NA) hat sich inzwischen von den Forderungen seines Vizes distanziert. Ein Parteiausschlussverfahren soll eingeleitet werden.

In seinem Schreiben kritisiert der Kantonsratskandidat der NA, Ernst Meister, die Berichterstattung in den Massenmedien über den Nationalsozialismus. Das schlechte Ansehen des Nationalsozialismus, fährt der NA-Vize fort, habe auch sehr nachteilige Auswirkungen für die Nationale Aktion.

Gefängnisstrafe für Bundesräte

In Punkt zwei seines Schreibens fordert Meister eine Bestrafung der Bundesräte für ihre Einwanderungspolitik seit 1970. Der Bundesrat begünstige damit eine eigentliche Invasion der Schweiz, erklärt Meister. Wenigstens lebenslänglich Gefängnis hält er als «angemessen». In

Darüber zu jammern, dass tiefgreifende Veränderungen, wie Minderheiten sie für unumgänglich halten, heute keine Chance haben, wäre müssig. In wirtschaftlich schwieriger Zeit sind die kleinen Gewissheiten der Vergangenheit offenbar allemal bestimmender als die grossen Erfordernisse der Zukunft. Das bisschen Sicherheit, das wir diesen Gewissheiten abtrotzen, ist uns lieber als die Verunsicherung durch eine Politik der radikalen Umkehr. Wenn die Sintflut schliesslich doch kommt, dann lieber nach uns als womöglich schon mit uns.

Doch dieser Konservatismus prägt unsere Politik nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form. Und hier ist eine Entwicklung im Gange, die uns - wenn wir die Prinzipien der liberalen Demokratie als Prämisse nehmen - beunruhigen müsste. Denn die grösseren Probleme und die gravierenden Meinungsverschiedenheiten führen nicht zu einer härteren demokratischen Auseinandersetzung, nicht zu offenkundigeren Konflikten, zu schwierigerem Ringen um Kompromiss und Konsens. Sie führen zu Anpassung oder zu Widerstand, und wer den Widerstand nicht lassen kann, der sieht sich unversehens ausserhalb jenes Spektrums, in dem der politische Entscheidungsprozess sich abspielt. Seine Argumente werden nicht mehr widerlegt, sie werden ignoriert.

In dieser Ignoranz zeigt sich Intoleranz auf besonders beklemmende Weise. Eine Demokratie, die sich nicht mehr mit ihren Minderheiten auseinandersetzt, wird totalitär. Und dies dürfte auch der Mehrheit nicht gleichgültig sein. Schon darum nicht, weil zum Schweigen verurteilte Minderheiten nicht einfach vom Erdboden verschwinden, sondern in der politischen Verbannung auf bessere Zeiten warten. BaZ 18.4.83

Punkt drei befasst sich der Vizepräsident des NA-Kantonalverbands schliesslich mit der Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl soll gestrichen werden, da dieses nur die Kriminalität fördere.

«Wir distanzieren uns natürlich von solchen Forderungen», erklärte NA-Kantonalpräsident Peter Frei gegenüber dem TA. Meister sei seit rund einem Jahr Vizepräsident des Kantonalverbands, bestätigte Frei. «Aber wenn er solche Papiere, an die Presse verschickt, so schadet das der NA.»